

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

20.05.2017 /19.20-19.50 Uhr
21.05.2017 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Falsches Marine-Vorbild? Streit über Umgang mit ehemaligem Admiral
- Herausforderung Rechtsextremismus – Hilflose Bundeswehr? Interview mit Winfried Nachtwei, Beirat Innere Führung
- Vor NATO-Gipfel in Brüssel – Neue Hoffnung für die Allianz?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, im Studio begrüßt Sie Andreas Flocken.

Die Themen in Schlagzeilen:

- Falsches Marine-Vorbild? Streit über den Umgang mit einem ehemaligen Admiral
- Herausforderung Rechtsextremismus - Hilflose Bundeswehr? Hierzu ein Interview. Und:
- Vor dem NATO-Gipfel in Brüssel – Neue Hoffnung für die Allianz?

Die Aufstellung der Bundeswehr vor mehr als 60 Jahren war ohne ehemalige Wehrmachtssoldaten nicht möglich. Das gilt auch für die Marine. Konteradmiral Rolf Johannesson hat den Aufbau der Bundesmarine in den 1950er Jahren entscheidend geprägt. In der Marineschule Mürwik ist daher Anfang des Jahres eine Johannesson-Büste aufgestellt worden. Einige Wochen später wurde allerdings bekannt, dass der Admiral kurz vor Kriegsende fünf Todesurteile bestätigt hatte. Für die Deutsche Marine war das jedoch kein Grund, die

Ehrung zurückzunehmen und die Büste zu entfernen. In der vergangenen Woche kam dann doch alles ganz anders. Peer-Axel Kroeske weiß mehr:

Manuskript Peer-Axel Kroeske

Helgoland im April 1945, rund zwei Wochen vor Kriegsende: Etwa 2.000 Menschen halten sich auf Deutschlands Vorposten in der Nordsee auf, darunter viele Soldaten. Ein Großangriff der Briten steht bevor. Um sinnlose Opfer zu vermeiden, wollen fünf Männer die weiße Fahne hissen. General a.D. Wolfgang Altenburg hat sie persönlich gekannt. Er war damals 16 alt und Flakhelfer.

O-Ton Altenburg

„Eine Version ist, dass sie selber den Kontakt zum Kommandanten der Insel gesucht haben, um ihm zu sagen: Die weiße Flagge muss gesetzt werden bis heute Mittag, sonst wird die Insel vernichtet. Die andere Version ist, dass sie verraten und verhaftet wurden. Ich glaube eher der ersten Version.“

Die Männer kommen in Haft. Kurz darauf wird Helgoland in Schutt und Asche gelegt. Sie werden zwei Tage später, am 21. April, aufs Festland überstellt, wo sie nach kurzem Prozess hingerichtet werden. Ein Urteil – bestätigt vom damaligen Seekommandanten der Elbe- und Wesermündung Rolf Johannesson.

Eine Büste dieses Mannes stand bis vergangene Woche in der Aula der Marineschule Mürwik in Flensburg – nicht etwa ein Relikt aus alter Zeit. Sie war erst im Januar von der Marineoffiziervereinigung gestiftet und aufgestellt worden. Sie war in einem Raum zusammen u.a. mit den Büsten des hingerichteten Widerstandskämpfers Kranzfelder und des Bundeswehr-Admirals Wellershoff. Die Büsten waren Bestandteil der erst kürzlich neugestalteten Aula der Marineschule. Der Marinehistoriker Dieter Hartwig hielt diese Auswahl zunächst für angemessen. Johannesson war nach dem Krieg eine prägende Persönlichkeit der Bundesmarine.

O-Ton Hartwig

„... weil er sich ja eben sehr verdient gemacht hatte um die historisch-politische Bildung durch die Einführung der sogenannten Historisch-Taktischen Tagung. Das war wirklich ein Verdienst. Und sein Buch ‚Offizier in kritischer Zeit‘ war ebenso ein Verdienst. Also bis zum November 2016 war ich damit einverstanden.“

Johannesson setzte sich dafür ein, dass Soldaten eben keinen blinden Gehorsam leisten sollen. Die Historisch-Taktische Tagung gilt als hochkarätige interne Diskussionsveranstaltung der Marine.

Im vergangenen Herbst, kurz bevor die Büste feierlich aufgestellt wurde, bekam Dieter Hartwig aber einen Hinweis zu den Todesurteilen. Johannessons Rolle war zunächst unklar:

O-Ton Hartwig

„Über die fünf Todesurteile gibt es keine Gerichtsakten mehr. Die sind vernichtet.“

Hartwig suchte aber weiter und fand die Korrespondenz von Johannesson, in der es um die Versorgung der Witwe von einem der zum Tode verurteilten Soldaten ging – denn sie hatte zunächst keinen Anspruch auf eine Hinterbliebenenrente:

O-Ton Hartwig

„Und da steht eben drin – Zitat: ‚Dem Gericht und mir blieb keine andere Wahl, als diese Todesurteile.‘ Und damit war die Sache klar: Johannesson hat sich daran beteiligt, hat darüber aber nie gesprochen. Und das ist der entscheidende Punkt. Nicht dass er die Todesurteile gefällt hat – das haben ja viele gemacht. Sondern dass er sich dargestellt hat als ein mutiger Offizier in kritischer Zeit, der aber nicht den Mut hatte, als es völlig ungefährlich für ihn war, darüber zu sprechen. Und deswegen kann er für mich kein Vorbild sein.“

Der Jurist Peter Kalmbach von der Universität Bremen hat sich intensiv mit Gerichtsverfahren während der NS-Zeit auseinandergesetzt. Er meint: Die Kommandeure hätten damals durchaus Spielräume gehabt:

O-Ton Kalmbach

„... es also nach hinten zu verschieben. Oder dafür zu sorgen, dass Möglichkeiten der Verteidigung, Maßstäbe der Rechtsstaatlichkeit eingehalten werden. Diese Funktion hatten sie gerade mit ihrer Stellung inne. (...) Es hat Richter im Zweiten Weltkrieg gegeben, die keine Todesurteile ausgeurteilt haben. Es hat auch Soldaten gegeben, die sich nicht an Exekutionen beteiligt haben. Das konnte durchaus Folgen haben. Aber es gab keine Folgen für Leib oder Leben. Insbesondere in den höheren Dienststellen war es natürlich viel eher möglich, Entscheidungsspielräume für sich zu nutzen, die andere überhaupt nicht hatten.“

Auch der Zeitzeuge Altenburg hätte erwartet, dass Johannesson damals diese Spielräume genutzt hätte.

O-Ton Altenburg

„Ich glaube auch, dass, bei allem Respekt, dem Gehorsam vor dem Gesetz, den einige glaubten auch bis zum letzten Moment Herrn Dönitz gegenüber machen zu müssen – dass ein bisschen mehr sorgfältige Überlegung gut gewesen wäre. Wenigstens ein oder zwei Tage: Was haben die Männer versucht? Was haben sie getan? (...) Wenn man die Fünf erschossen hatte, um zu vermeiden, dass es auf Helgoland zu einem größeren Aufruhr kam – ich glaube, dass ein Dachdecker, ein Gastwirt und zwei Marinesoldaten nicht in der Lage gewesen wären, gegen 1.800 schwer bewaffnete Leute irgendetwas auszurichten.“

Handelte Johannesson womöglich aus Überzeugung? Stand er selbst hinter den vom Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Karl Dönitz ausgegebenen Durchhalteparolen? Die Todesurteile setzen Johannesson ohne Zweifel in ein anderes Licht. Trotzdem blieb die Büste vorerst an ihrem Platz. Offenbar wollte niemand in der Marine sich mit den neuen Erkenntnissen auseinander setzen, kritisiert der Marinehistoriker Dieter Hartwig:

O-Ton Hartwig

„Es gab überhaupt kein Zurückweichen mehr. Es hatte so den Anschein: Augen zu und durch.“

Der Vorsitzende der Marineoffiziersvereinigung, Wolfgang Nolting, spricht von einem Missverständnis:

O-Ton Nolting

„Nie hat einer behauptet – weder die Marine, noch die Marineoffiziersvereinigung, für die ich ja im Augenblick stehe - dass wir Johannesson als Vorbild aufstellen. Die Intention war zunächst einmal, jungen Offizieren kritisches Geschichtsbewusstsein nahezubringen. (...) Ihm verdanken wir geradezu, dass er auch im Widerstand gegen seine eigenen Kameraden, im Übrigen bis in die 80er Jahre hinein, dafür votiert hat, dass Streitkräfte demokratisch auszubilden sind. Das war der Ausgangspunkt.“

Nolting argumentiert, es sei völlig klar, dass Johannesson eine gebrochene Biografie habe. Er bewertet die Situation, in der Johannesson die Todesurteile bestätigte, so:

O-Ton Nolting

„Die Leute waren angeklagt wegen Meuterei. Ein Straftatbestand, der auch heute noch im Wehrstrafgesetzbuch steht. Er hat in der Situation – und er hat es, glaube ich, auch in der Situation schon bereut – nicht anders entscheiden wollen und können. Er hat noch eine Woche später, vor Ende des Zweiten Weltkrieges, ein anderes Todesurteil abgemildert.“

Und der Sprecher der Marine, Johannes Dumrese, ergänzt:

O-Ton Dumrese

„Uns geht es überhaupt nicht darum, hier irgendetwas zu relativieren. Allerdings was die Person Konteradmiral Johannesson anbetrifft, haben wir das ja durch Historiker untersuchen lassen, ob es denn tatsächlich so ist, dass er ein aktiver, überzeugter Unterstützer des NS-Regimes war oder gar selber Nazi war. Und da haben uns die Historiker gesagt: Das sei nach den vorliegenden Akten eben gerade nicht so.“

Der Marinehistoriker Hartwig vermisst dagegen bei der Marine die notwendige Sensibilität - weil die Büste von Johannesson neben die von Kranzfelder gestellt worden ist:

O-Ton Hartwig

„Das ist natürlich Geschichtsklitterung. Der Kranzfelder ist einer der wenigen, die ihr Leben hingegeben haben. Und der Johannesson hat fünf Todesopfer mindestens auf der Rechnung. Das geht natürlich überhaupt nicht.“

Das Prinzip der Inneren Führung – Hartwig kann es bei dem Umgang mit den von Johannesson bestätigten Todesurteilen nicht erkennen:

O-Ton Hartwig

„Ich hab' den Eindruck: So richtig wird das nicht gelebt. Wenn jemand den Kopf rausstreckt, dann wird der Kopf abgesägt, und davor hat man eben Angst. Da gibt es eine Art Schweigekartell. Die Marine hat sich vollständig totgestellt.“

Der frühere Marineoffizier Hartwig plädiert dafür, die Johannesson-Büste in der Lehrausstellung der Marineschule aufzustellen, statt sie weiterhin in der Aula zu präsentieren. Und so könnte es tatsächlich kommen.

Denn die Verhaftung der zwei terrorverdächtigen Bundeswehroffiziere hat unerwartet Bewegung in die Sache gebracht. Verteidigungsministerin von der Leyen hat in diesem Zusammenhang am 10. Mai u.a. angekündigt, den Traditi-

onserslass der Bundeswehr von 1982 zu überprüfen. Einen Tag später hat der Inspekteur der Marine entschieden, das gesamte Konzept der Aula in Flensburg zu überarbeiten. Sämtliche Büsten wurden daraufhin entfernt - auch die von Kranzfelder und Wellershoff. Die Marine wartet jetzt auf den neuen Traditionserlass. Erst dann soll entschieden werden, ob die Johannesson-Büste auch künftig einen Platz in der Aula der Marineschule Mürwik haben wird.

* * *

Flocken

Mehr zum Thema auf der Internetseite von Streitkräfte und Streitkräfte unter ndr.de/streitkraefte.

Das Doppelleben eines Bundeswehroffiziers, der möglicherweise einen Terroranschlag plante, schlägt weiterhin Wellen. Wie konnte das passieren? Verteidigungsministerin von der Leyen hat mehrere Maßnahmen angekündigt, um zu verhindern, dass künftig Warnsignale und Hinweise übersehen und nicht gemeldet werden. Hierüber habe ich mit Winfried Nachtwei gesprochen. Er war jahrelang verteidigungspolitischer Sprecher der Grünen und ist heute Mitglied im Beirat Innere Führung. Das Gremium berät das Verteidigungsministerium. Ich habe Winfried Nachtwei zunächst gefragt, ob Streitkräfte anfälliger sind für rechtsextremistische Tendenzen als andere gesellschaftliche Bereiche?

Interview Andreas Flocken / Winfried Nachtwei

Nachtwei: Die Bundeswehr und Soldaten haben einerseits grundsätzlich eine gewisse Anziehungskraft für Rechte und Rechtsradikale. Und zwar als hierarchische Organisation, als Ort der Waffen, als Ort des Waffenhandwerks. Und als ein Ort, als eine Institution, die traditionell auf das Nationale orientiert ist. Zugleich aber gibt es erhebliche abstoßende Aspekte der Bundeswehr: ihr Auftrag, ihre internationale Einbindung. Die Einsatzwirklichkeit und die Einsatzerfahrungen, wo sehr viele Soldaten genau mit sozusagen nicht-rechten Einstellungen eher zurückkommen. Und in der Realität ist – nach meiner Erfahrung -

ein Generalverdacht Richtung „rechter Sumpf“ unbegründet. Allerdings müssen wir hingucken: wo gibt es solche Sumpfstellen.

Flocken: Gibt es denn nach Ihrer Einschätzung mehr Rechtsextremisten in der Bundeswehr als in der Gesellschaft?

Nachtwei: Wir haben dazu keinen systematischen Überblick. Weil wir ja mit den Verdachtsfällen des MAD und mit den besonderen Vorkommnissen, die gemeldet werden, nur sozusagen etwas über Schaumkronen wissen. Von der Tiefe, was die Einstellung usw. unter Bundeswehrangehörigen angeht, wissen wir recht wenig. Aber nach meiner persönlichen Erfahrung würde ich nicht sagen, dass es in der Bundeswehr stärker ist als in der Gesellschaft, sondern eher weniger. Wäre es so verbreitet wie in der Gesellschaft, wäre dies ein schon Alarmzeichen sondergleichen. Weil nämlich die Bundeswehr, als ein wesentlicher Träger des staatlichen Gewaltmonopols, höhere Anforderungen zu stellen hat. Und da wäre es schlimm, wenn sie ein Spiegelbild der Gesellschaft wäre. Das kann sich der Staat, der Rechtsstaat, nicht leisten.

Flocken: Im Kampf gegen den Rechtsextremismus will Frau von der Leyen insbesondere das Konzept der Inneren Führung mit dem Leitbild vom Staatsbürger in Uniform stärken. In dem Tagesbefehl der Verteidigungsministerin vom 10. Mai heißt es: Ein umfassendes Programm „Innere Führung Heute“ soll aufgesetzt werden. Kann man mit der Inneren Führung das Aufkommen von rechtsextremistischen Tendenzen verhindern oder eindämmen?

Nachtwei: Mit der Inneren Führung, und zwar mit einer - das ist entscheidend - glaubwürdig gelebten Inneren Führung, kann man sehr wohl Rechtsradikalismus und Extremismus in der Bundeswehr erheblich entgegenwirken. Es ist das beste Präventionsprogramm überhaupt, weil die Werte, die Grundsätze der Inneren Führung wirklich diametral zu rechtsradikalen, rechtsextremen Einstellungen sind.

Flocken: Sie sagten eben „mit einer glaubwürdigen Inneren Führung“. Ist denn die Führung glaubwürdig?

Nachtwei: Sie ist oftmals zu abstrakt. Oder sie wird auf verschiedenen Ebenen nur unzureichend praktiziert. Wenn wir das erste Gestaltungsfeld der Inneren Führung „Menschenführung“ nehmen... Die unmittelbaren Vorgesetzten der Soldaten, Kompaniechefs zum Beispiel, sind heutzutage nur noch sehr sehr begrenzt zu tatsächlicher Menschenführung in der Lage, weil Einheiten, Kompanien inzwischen erheblich angewachsen sind. Und weil sie eben zum Beispiel durch Beurteilungsaufgaben enorm absorbiert sind, weil es an Zeit fehlt. Das sind alles Hinderungsgründe, dass dann tatsächlich vor Ort auch so viel und so gut Menschenführung praktiziert wird, wie es eigentlich geboten ist.

Flocken: Muss Innere Führung nicht auch von der politischen Führung der Bundeswehr vorgelebt werden, wenn Innere Führung glaubwürdig sein will?

Nachtwei: Ja. Bei der glaubwürdigen Inneren Führung ist von ganz entscheidender Bedeutung zu bedenken: Innere Führung fängt oben an. Und zwar bei politischer Führung. D.h. die politische Führung muss den Auftrag der Streitkräfte und muss die Aufträge der einzelnen Einsätze klar und überzeugend rüberbringen, damit nämlich Soldaten – so ist die Anforderung von Innerer Führung – aus Einsicht handeln können. Wenn ich mir das genauer angucke, auch während meiner Zeit im Bundestag: dieser Anforderung ist die politische Führung überwiegend nicht nachgekommen. Das heißt also: Eine bessere Innere Führung ist angewiesen auf bessere Politik. Ich habe es gerade im Falle des Afghanistan-Einsatzes festgestellt, dass der Auftrag für die Soldaten vor Ort immer weniger nachvollziehbar war. Sie waren zurückgeworfen auf ihre Professionalität und Kameradschaft. Und das musste ich bewerten als Zersetzung von Innerer Führung von oben.

Flocken: Wenn jetzt die Innere Führung im Kampf gegen Rechtsextremismus gestärkt werden soll, dann ist es doch in der Konsequenz letztlich ein Eingeständnis, dass man jahrelang die Innere Führung vernachlässigt hat.

Nachtwei: Das ist richtig. Man hat es nicht vernachlässigt zum Beispiel beim Zentrum Innere Führung in Koblenz, wo die Soldatinnen und Soldaten, die Offiziere sich seit vielen Jahren abstrampeln, sehr kreativ sind, um da auch neue

und zeitgemäße Wege zu finden. Aber es wurde offensichtlich auf den Spitzenebenen vernachlässigt, aber das hatten wir auch schon in den früheren Jahrzehnten. Innere Führung wurde vor allem dann zu einem Thema, wenn es Anstöße durch entsprechende Skandale gab. Aber eben sozusagen auf der Strecke... es war ein weiches Thema. Es tritt also im Unterricht, in der Ausbildung, in der Fortbildung der Soldaten immer wieder zurück, weil die unmittelbare militärische Ausbildung immer wieder als notwendiger erscheint.

Flocken: Welche konkreten Maßnahmen müssen denn Ihrer Meinung nach bei der Inneren Führung jetzt ergriffen werden, um rechtsextremistischen Tendenzen frühzeitig zu begegnen?

Nachtwei: Einmal geht es um die Stärkung der Grundelemente der Inneren Führung insgesamt. Also, die Voraussetzung muss dafür gegeben sein, dass überhaupt wieder wirksamer und vorbildlicher Menschenführung praktiziert werden kann. Also Kompaniechefs müssen schlichtweg Zeit dafür haben. Zweitens ist die bisherige Offiziersausbildung enorm wichtig. Offiziersanwärter sind separiert von den Soldaten, die sie später führen sollen. Das ist ein Grunddefizit, das wir seit etlichen Jahren in der Bundeswehr haben. Die politische Bildung ist von enormer Bedeutung. Auf dem Papier war sie natürlich schon immer wichtig. Aber im Truppenalltag ist sie immer wieder hinter unmittelbaren Ausbildungs- und Dienst-Erfordernissen zurückgetreten. Also sie muss eher ansetzen. Sie muss ein Pflichtbestandteil auf den verschiedenen Ebenen sein, um überhaupt die Werte und Orientierung der Bundeswehr zu unterstreichen – wofür steht die Bundeswehr insgesamt? Und wofür in den Einsätzen? Innere Führung muss das eben klar und deutlich machen. Und schließlich geht es um Recht und soldatische Ordnung, also was das Disziplinarrecht angeht. Und es geht um die Dienstaufsicht, die eben geschärft werden muss. Es ist ja bei diesen letzten Vorfällen das äußerst irritierende gewesen, dass hier Dienstvorgesetzte, Disziplinarvorgesetzte selbst offensichtlich kein Unrechtsbewusstsein, keine politische Sensibilität hatten.

Flocken: Die Bundeswehr kann sich gesellschaftlichen Strömungen und Entwicklungen nicht entziehen. Spätestens seit der Flüchtlingskrise ist die populis-

tische AfD eine politische Kraft in Deutschland. Auf ihrem jüngsten Parteitag hat sich die AfD nicht abgegrenzt von Rechtsextremisten. Zieht dieses Weltbild der AfD nun langsam auch in die Streitkräfte ein, und werden dadurch rechts-extremistische Tendenzen möglicherweise begünstigt? Wie sehen Sie das?

Nachtwei: Die Bundeswehr ist selbstverständlich nicht hermetisch abgeschlossen und immun gegenüber solchen gesellschaftlichen Strömungen. Vor allem, weil also eben auch dieser Rechts-Nationalpopulismus recht heterogen ist, der bis ins Rechtsextreme reichen kann, aber nicht von vornherein eben rechtsextrem ist. Und man sieht es ja auch daran, dass einzelne ehemalige Offiziere in Rheinland-Pfalz, in Berlin, führend für die AfD kandidiert haben. Oder in anderen Städten sind auch aktive Soldaten in Stadträten. Also insofern wirkt es sich eben doch in der Bundeswehr aus. Meines Wissens haben wir aber bisher keine empirischen Kenntnisse darüber, wie stark diese Entwicklung ist. Ich habe auf der anderen Seite etliche Offiziere und Soldaten erlebt, die ausdrücklich eine demokratisch bewusste Haltung gegenüber diesen Strömungen haben. Ich habe etliche Offiziere kennengelernt, die zum Beispiel in der freiwilligen Flüchtlingshilfe arbeiten. Also aus dieser, ich sage mal Infiltrationsgefahr, kann man jetzt nicht schließen, dass sozusagen diese Infiltration schon voll im Gang wäre. Aber da müssen wir uns als erstes ein sehr klares Lagebild verschaffen.

Flocken: Sie sprechen von einer Infiltrationsgefahr – muss die Bundeswehr darauf reagieren, dass die AfD inzwischen zum Beispiel in 13 Länderparlamenten vertreten ist? Muss sie insbesondere darauf reagieren, wenn es um die Rekrutierung von Soldaten geht?

Nachtwei: Die Bundeswehr muss auf diese Entwicklungen und auf die Teilradikalisierung von Gesellschaft, gerade auch von jungen Männern, unbedingt reagieren...

Flocken: Wie?

Nachtwei: Wie? Das ist die Frage. Und da wäre, glaube ich, von entscheidender Bedeutung, endlich zu einem Instrument zu greifen, was nun schon seit 20

Jahren, seit 1997 gefordert wird. Und zwar ist es angesichts subkutaner, unterschwelliger latenter Einstellungsveränderungen in der Bundeswehr, unbedingt notwendig, dem mit empirischen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen nachzugehen...

Flocken: Die Bundeswehr hat ja ein eigenes Sozialwissenschaftliches Institut um gesellschaftliche Entwicklungen und die Folgen für die Bundeswehr zu begleiten. Müsste man auf Seiten der Bundeswehr dieses Institut nicht viel stärker nutzen?

Nachtwei: Bis vor einigen Jahren gab es das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr. Das ist jetzt eingegangen in das gemeinsame Zentrum Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr. Und hier hat man in der Tat das wissenschaftliche Instrumentarium. Es ist auch angewandt worden, zum Beispiel 2007. Da hat es Untersuchungen gegeben zu den politischen Einstellungen von Studierenden der Bundeswehr-Unis in Hamburg und München. Und zwar was auch die Nähe zu der sogenannten Neuen Rechten damals anging. Aber das war eine sozusagen punktuelle Untersuchung. Aber so was wäre notwendig auf der Strecke. Dieses Institut führt gleichzeitig seit vielen Jahren sogenannte Bevölkerungsumfragen durch. Also es fragt nach der Einstellung der Bevölkerung zur Bundeswehr, zu ihrem Auftrag, zu den verschiedenen Einsätzen usw., zum nationalem Engagement überhaupt. Das sind sehr ergiebige und sehr sinnvolle Untersuchungen. Sowas wäre endlich, endlich auch bei der Bundeswehr notwendig, sozusagen als Früherkennungs- und gegebenenfalls Frühwarninstrument. Ansonsten bleibt man nämlich im Grunde partiell blind, was die innere Lage der Bundeswehr angeht. Und das ist übrigens auch ein politisches Versagen seit vielen Jahren. Ich sagte, die Forderung hat es 1997 gegeben, 2004 nach Coesfeld, dann eben 2011 / 2012. Aber immer wieder kam die kalte Schulter.

Flocken: Die Wehrmacht ist nicht traditionsstiftend für die Bundeswehr. Das ist eigentlich auch die Botschaft des Traditionserlasses von 1982. Trotzdem will die Verteidigungsministerin diesen Traditionserlass nun ergänzen und klarer

fassen. Ziel ist mehr Handlungssicherheit für die Vorgesetzten. Ist diese Handlungssicherheit notwendig?

Nachtwei: Diese Handlungssicherheit ist notwendig. Vor allem ist eine zeitgemäße Traditionspflege unbedingt notwendig, weil der Traditionserlass von 1982 ist. Er stammt aus der Zeit vor der deutschen Einigung. Das war vor dem erweiterten Auftrag der Bundeswehr mit den ganzen Krisen - und Auslandseinsätzen. Alles das ist bisher im Traditionserlass noch gar nicht berücksichtigt. Vor allem diese positive Seite, also das, was in diesen 25 Jahren Auslandseinsätzen auch positiv traditionsbildend ist, das muss endlich auch in einen solchen Traditionserlass erfasst werden. Und was die Wehrmacht also angeht: Einerseits haben wir diese klare Abgrenzung, dass in der Tat Wehrmacht und Wehrmachtsangehörige insgesamt wegen soldatischer Leistung allein nicht traditionswürdig sind. Auf der anderen Seite ist es aber, so glaube ich, von entscheidender Bedeutung, die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Wehrmacht zu fördern. Ich hatte selbst 1997 den damaligen Verteidigungsminister Rühle den Vorschlag gemacht, dass sich örtliche Bundeswehrverbände mal genauer die Geschichte, die Kriegsgeschichte der Wehrmachtsverbände aus ihrer Region ansehen sollten. Und wenn man sich das jenseits der Ehemaligen- und Veteranenliteratur mal genau angeguckt hätte, hätte man gesehen, welche Rolle die Wehrmacht im Vernichtungskrieg, im Angriffskrieg gegen die europäischen Nachbarn hatte. Und wie dann also auch zum Beispiel Generale mit den eigenen Soldaten umgegangen sind. Also in der praktischen, historisch-kritischen Auseinandersetzung mit Wehrmachtgeschichte kann man sehr viel lernen. Aber man muss dies auseinanderhalten: Historisch-kritische Auseinandersetzung ist das Eine – das ist zu befürworten. Das Andere: Wehrmacht traditionsstiftend? Nein.

Flocken: In Bundeswehreinrichtungen waren bisher u.a. auch Stahlhelme der Wehrmacht oder Bilder von Wehrmachtsangehörigen zu sehen - ohne eine historische Einordnung, wie das ja im Traditionserlass von 1982 vorgesehen ist. Begünstigen diese Wehrmachtsdevotionalien rechtsextremistische Tendenzen in der Bundeswehr?

Nachtwei: Wehrmachtsdevotionalien können solche Tendenzen fördern - wenn sie ohne Einordnung geschehen. Wenn sie also sozusagen Erinnerungsstücke mit positivem Touch sind. Dann wird damit eine Einstellung gefördert, ein Soldatenverständnis, das völlig losgelöst ist von seinen Zwecken, von seinem Missbrauch, von dem Großverbrechen, in dem es damals funktionierte.

Flocken: An der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg ist ein Foto des früheren Bundeskanzlers und Verteidigungsministers Helmut Schmidt abgehängt worden - weil es Helmut Schmidt in einer Wehrmachtsuniform gezeigt hat. Halten Sie so eine Maßnahme für richtig oder ist das nicht etwas übertrieben, über das Ziel hinaus geschossen. Denn es ist ja unbestritten: Helmut Schmidt war kein Nazi.

Nachtwei: So eine Maßnahme ist deutlich über das Ziel hinaus geschossen. Es ist für mich ein Beispiel für kopflose Säuberungsaktionen, die es jetzt zurzeit also auch gibt. Und die eigentlich die Verunsicherung in der Truppe und vielleicht auch innere Gegenreaktionen nur fördern.

* * *

Flocken

Winfried Nachtwei, Mitglied im Beirat Innere Führung, über Rechtsextremismus in der Bundeswehr.

Eine Langfassung des Interviews finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Für US-Präsident Trump war die NATO kürzlich noch ein Auslaufmodell. Mittlerweile hat er seine Position geändert und hält das Bündnis zur Terrorbekämpfung für wichtig. In der kommenden Woche treffen sich die Staats- und Regierungschefs der Allianz in Brüssel zum NATO-Gipfel – erstmals mit dem neuen US-Präsidenten. Ganz oben auf der Tagesordnung wird dabei die Forderung der USA stehen, die Verteidigungsausgaben massiv zu erhöhen. Otfried Nassauer mit Einzelheiten:

Manuskript Otfried Nassauer

Eine Zahl elektrisiert: Zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollen die Mitgliedstaaten der NATO bis 2024 für ihr Militär ausgeben. Das hat das Bündnis vor drei Jahren auf seinem Gipfel in Wales 2014 unter dem Eindruck der Krise in der Ukraine und auf Drängen des damaligen US-Präsidenten Obama beschlossen. Es ist eine politische Zielsetzung, kein rechtlich verbindlicher Beschluss.

Donald Trump, dem US-Präsidenten, ist die Steigerung der Militärausgaben eine Herzensangelegenheit. Das Pentagon-Budget soll um rund zehn Prozent wachsen. Donald Trump erwartet, dass auch die europäischen NATO-Staaten erheblich mehr Geld ins Militär stecken. Er macht Druck. Beispielsweise im März beim Washington-Besuch von Bundeskanzlerin Merkel:

O-Ton Trump (overvoice)

„Ich habe Kanzlerin Merkel erneut gesagt, wie sehr ich die NATO unterstütze und dass unsere NATO-Alliierten ihren gerechten Teil für die Kosten der Verteidigung bezahlen müssen. Viele Nationen schulden aus den vergangenen Jahren massive Summen. Das ist sehr unfair gegenüber den USA. Die Nationen müssen bezahlen, was sie schulden.“

In der kommenden Woche holt das Thema die NATO erneut ein. Donald Trump möchte, dass jedes NATO-Land beim Gipfel in Brüssel einen konkreten Plan vorlegt, wie es das Zwei-Prozent-Ziel in den nächsten Jahren erreichen will.

Mancher wird sich vielleicht noch erinnern: In den späten siebziger und achtziger Jahren gab es schon einmal eine heftige Debatte über die Lastenteilung im Bündnis. Damals hatten sich die Bündnispartner verpflichtet, ihre Verteidigungsausgaben auf drei Prozent der nationalen Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Die Militäretats stiegen damals in Europa - allerdings in Grenzen. Viele Parlamente waren nicht bereit, den Streitkräften so viel Geld zu bewilligen. Trotzdem entwickelten Industrie und Militär Beschaffungspläne, die nicht einmal dann finanzierbar gewesen wären, wenn das drei Prozent-Ziel eingehalten worden wäre. Nun also nicht drei, sondern zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für die Verteidigung.

Ist das überhaupt sinnvoll? Werfen wir einen Blick auf Deutschland. Zwei Prozent wären im vergangenen Jahr rund 62 Milliarden Euro gewesen. Kalkuliert man das Wirtschaftswachstum vorsichtig, so werden es im Jahr 2024 mehr als 70 Milliarden Euro sein. Der Verteidigungshaushalt lag 2016 bei knapp 34,4 Milliarden Euro. Bis 2024 müsste er also verdoppelt werden.

Es gibt gleich mehrere gute Gründe, das für unsinnig zu halten.

Richtig ist allerdings: In der Bundeswehr und bei deren Beschaffungsvorhaben gibt es massive Probleme. Es mangelt an einsatzfähigen Waffensystemen, an voll ausgestatteten Einheiten, an Ersatzteilen und an geeignetem Personal. Zu spät, zu teuer und zu schlecht, lautet die Diagnose bei vielen Beschaffungsvorhaben. Die Bundeswehr könnte also auf den ersten Blick scheinbar mehr Geld gut gebrauchen.

Ursula von der Leyen kann schon heute deutlich mehr Geld ausgeben als ihre Vorgänger. Sie reformiert das staatliche Beschaffungswesen und will es durch den massiven Einsatz externer Berater auf Vordermann bringen. Die Berater aber kosten zusätzlich Geld und haben das Interesse, sich dauerhaft ein neues Geschäftsfeld zu sichern. Ob dieser Ansatz Erfolg haben wird und der Bundeswehr garantiert, dass sie künftig vertragstreu, zeitgerecht und im Kostenrahmen mit neuen Fähigkeiten beliefert wird, muss sich erst noch zeigen.

Weder die Bundeswehr noch die wehrtechnische Industrie könnten jedoch eine Steigerung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung sozusagen sinnvoll „konsumieren“. Beide haben dafür nicht die Kapazitäten.

Die Zielgröße zwei Prozent schafft offenbar sogar falsche Anreize. Die Industrie drängt die Politik zu neuen Großprojekten und fordert dafür gesalzene Preise:

- Für fünf zusätzliche Korvetten wollte die Industrie zunächst fast drei Milliarden Euro; das Verteidigungsministerium hatte nur 1,5 Milliarden eingeplant.
- Der Rückkauf und die Modernisierung von gebrauchten 100 Kampfpanzern kostet mehr als eine dreiviertel Milliarde Euro, mehr als die Panzer neu gekostet haben.
- Airbus fordert zum wiederholten Mal einen finanziellen Nachschlag für das Transportflugzeug A 400M.

Der Verdacht liegt nahe, dass es der Industrie vor allem darum geht, jetzt Verträge mit langer Laufzeit abzuschließen, ihre Gewinnmargen zu vergrößern, sich gesund zu stoßen und die eigene Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der europäischen Konkurrenz zu verbessern.

Gerade letzteres ist sogar kontraproduktiv. Wird die Industrie mit viel Geld aufgepäppelt, so verschwindet der heilsame Druck, industrielle Überkapazitäten in Europa endlich abzubauen, und enger zusammenzuarbeiten, damit größere Stückzahlen billiger produziert werden können. Stattdessen würde es wieder teure, kleine und nationale Lösungen geben. Effizienz und bessere Fähigkeiten für die Streitkräfte werden dann eher zu einem zufälligen Seiteneffekt – wenn man Glück hat. Die zwingend notwendige Reform der europäischen Rüstungsindustrie würde erneut hinausgeschoben.

Ein anderes Argument ist außenpolitischer Natur: Bisher hat Deutschland die Stärke der Bundeswehr und seinen Rüstungshaushalt immer auch an den militärischen Fähigkeiten orientiert, die sich Frankreich und Großbritannien leisten können. Gäbe Deutschland auf Dauer zwei Prozent seiner Wirtschaftsleistung für die Bundeswehr aus, so würde es schon bald nicht nur wirtschaftlich dominant sein, sondern auch die stärksten konventionellen Streitkräfte in Europa stellen. Darauf machte Außenminister Gabriel kürzlich aufmerksam.

Q-Ton Gabriel

„Man muss sich schon überlegen, ob sich der Rest Europas eigentlich ein Deutschland wünscht, dass pro Jahr mehr als 60 Milliarden Euro in seine Bundeswehr steckt.“

Schließlich gibt es auch innenpolitische Gründe, die gegen das Zwei-Prozent-Ziel sprechen. Dringlicher sind Investitionen in anderen Bereichen: Soziale Gerechtigkeit, Integration und die Infrastruktur. Wenn Deutschland und Europa nicht verstärkt in die Lebensbedingungen ihrer ärmeren Bevölkerungsschichten investieren, führt das über kurz oder lang zu einer erheblichen Gefährdung des sozialen und inneren Friedens.

In der NATO wird deshalb bereits darauf hingewiesen, dass höhere Verteidigungsausgaben nicht die alleinige Messlatte für eine faire Lastenteilung sein können. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg argumentierte bei seinem Besuch in Washington im April:

O-Ton Stoltenberg (overvoice)

„Es geht darum, mehr für die Verteidigung auszugeben. Es geht darum die Fähigkeiten bereitzustellen, die wir brauchen und es geht darum, militärische Kräfte für die NATO-Missionen und deren Operationen bereitzustellen.“

Verteidigungsministerin von der Leyen hat einen „Aktivitätsindex“ vorgeschlagen, der beispielsweise die Beteiligung eines Landes an Auslandseinsätzen berücksichtigt. Andere gehen noch einen Schritt weiter: Sie regen an, auch Ausgaben für Humanitäre- und Entwicklungshilfe, das nichtmilitärische Krisenmanagement und die Bemühungen um friedliche Konfliktlösungen auf das Zwei-Prozent Ziel anzurechnen. Das wäre sicher eine Überlegung wert. Auch für die NATO, die immer wieder betont, ein politisches Verteidigungs- und Wertebündnis zu sein und nicht nur eine Militärallianz.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Otfried Nassauer.

Zum Schluss noch ein Hinweis: Am 7. und 8. Juli treffen sich in Hamburg Staats- und Regierungschefs zum G20-Gipfel. Aus diesem Anlass veranstaltet die Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr zusammen mit NDR Info eine Podiumsdiskussion. „Weltordnung im Umbruch – Recht des Stärkeren statt Völkerrecht?“, so lautet der Titel. Wenn Sie am 22. Juni dabei sein wollen: Mel-

den Sie sich an - auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Dort können Sie sich auch diese Sendung als Podcast herunterladen. Außerdem können Sie dort den Newsletter von Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Am Mikrofon verabschiedet sich Andreas Flocken.